

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 27. Oktober 1982

am Donnerstag, dem 28. Oktober 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	148, 149	Herberholz (SPD)	91, 109
Auch (SPD)	105, 106	Heyenn (SPD)	53, 62
Austermann (CDU/CSU)	68, 69	Hinsken (CDU/CSU)	14, 15
Baack (SPD)	64	Dr. Hirsch (FDP)	99, 100
Bamberg (SPD)	123, 124	Frau Hürland (CDU/CSU)	104
Becker (Nienberge) (SPD)	134	Dr. Hupka (CDU/CSU)	11, 43
Bergerowski (FDP)	34, 35	Ibrügger (SPD)	142, 143
Berschkeit (SPD)	131, 132	Immer (Altenkirchen) (SPD)	56, 94
Bindig (SPD)	144, 145	Jäger (Wängen) (CDU/CSU)	5, 137
Frau Blunck (SPD)	58, 63	Dr. Jens (SPD)	84
Broll (CDU/CSU)	37, 38	Dr. Jobst (CDU/CSU)	42
Bühling (SPD)	40, 41	Junghans (SPD)	83
Catenhusen (SPD)	116, 117	Kirschner (SPD)	22, 122
Curdt (SPD)	138, 139	Kretkowski (SPD)	140, 141
Daubertshäuser (SPD)	146, 147	Dr. Kübler (SPD)	51, 82
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	52, 61	Dr. Lammert (CDU/CSU)	4, 70
Eigen (CDU/CSU)	92, 93	Dr. Laufs (CDU/CSU)	24, 25
Fellner (CDU/CSU)	39	Frau Dr. Lepsius (SPD)	66, 67
Gärtner (FDP)	130	Marschall (SPD)	2, 3
Gnädinger (SPD)	47, 48	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	46, 57
Grobecker (SPD)	73, 74	Menzel (SPD)	97, 98
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	9, 10	Merker (FDP)	32, 33
Hansen (fraktionslos)	1, 13	Dr. Miltner (CDU/CSU)	23, 90
Dr. Haussmann (FDP)	30, 31	Dr. Mitzscherling (SPD)	86, 87

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Möhring (SPD)	44, 45	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	8, 21
Dr. Möller (CDU/CSU)	20	Dr. Steger (SPD)	80, 81
Müntefering (SPD)	6, 7	Frau Steinhauer (SPD)	107, 108
Dr. Nöbel (SPD)	88, 89	Stiegler (SPD)	120, 121
Pauli (SPD)	16, 17	Stockleben (SPD)	103, 154
Polkehn (SPD)	75, 133	Dr. Struck (SPD)	135, 136
Poß (SPD)	55	Stutzer (CDU/CSU)	95, 96
Purps (SPD)	65	Frau Terborg (SPD)	78, 79
Reschke (SPD)	126, 127	Thüsing (SPD)	12, 54
Reuschenbach (SPD)	101, 102	Tillmann (CDU/CSU)	150, 151
Roth (SPD)	85	Dr. Unland (CDU/CSU)	128, 129
Sauer (Stuttgart) (CDU/CSU)	152, 153	Volmer (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Scheer (SPD)	118, 119	Walther (SPD)	18, 19
Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	125	Weiß (CDU/CSU)	36
Frau Schuchardt (FDP)	28, 29	Frau Weyel (SPD)	59, 60
Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	76, 77	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	110, 111
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU)	114, 115	Würtz (SPD)	71, 72
Dr. Spöri (SPD)	112, 113	Frau Zutt (SPD)	49, 50

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	21

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Wie will die Bundesregierung verhindern, daß Behörden der US-Streitkräfte sich unbemerkt und unkontrolliert durch die G 10-Gremien über das vollelektronische militärische Fernmeldenetz in das Telefonwählsystem der Deutschen Bundespost einschalten und private Telefongespräche abhören können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

2. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Welche Auswirkungen auf die bisher erreichten Fortschritte zu mehr Chancengerechtigkeit für Kinder aus Arbeiterfamilien erwartet die Bundesregierung von der beabsichtigten weitgehenden Streichung des Schüler-BAföG?
3. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die durch die Bundesbildungsministerin angekündigte Umorientierung der bisherigen Bildungspolitik auf eine Förderung der „wissenschaftlichen und praktischen Eliten“ gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem notwendigen sozialen Konsens dienlich ist?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Sind Zeitpunkt, Art und Form der publizistischen Auswertung interner Vorgänge innerhalb der sozial-liberalen Bundesregierung durch den früheren Regierungssprecher und beamteten Staatssekretär Bölling nach Auffassung der Bundesregierung mit den Amtspflichten eines Beamten bzw. eines Beamten im Ruhestand zu vereinbaren, und ist sie bereit, eine solche Praxis in anderen Ämtern, bei anderen Beamten oder nur in diesem konkreten Fall hinzunehmen?
5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das in einer Wochenzeitschrift veröffentlichte sog. Tagebuch des früheren Regierungssprechers Bölling über die letzten 30 Tage des Kanzlers Schmidt über Vorgänge berichtet, die nach § 61 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit unterliegen, und in welchem Umfang ist Bölling – gegebenenfalls – vom jetzigen oder vom früheren Bundeskanzler für die Veröffentlichung die nach § 61 Abs. 2 BBG erforderliche Genehmigung erteilt worden?

6. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Aus welchen Gründen hat die neue Bundesregierung die Abgabe von Informationsmaterial, das von der bisherigen Regierung erstellt wurde, auf zehn Exemplare je Ausgabe begrenzt, und gilt diese Beschränkung auch für das Auswärtige Amt, für das Bundesinnenministerium, das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundesjustizministerium und für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten?
7. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Wird die Bundesregierung vor der Bundestagswahl vom 6. März 1983 neues Informationsmaterial erstellen, und welche finanziellen Mittel sind dafür vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der amtlichen Unterdrückung von Solidarnosc durch das polnische Militärregime?
9. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die deutsch/italienische Initiative zur Schaffung einer „Europäischen Akte“ in der EG durchzusetzen, und mit welchem Ergebnis?
10. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-
Brücher
(FDP) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung in nächster Zeit konkret zu unternehmen, um die von der früheren Regierung initiierte „Europäische Akte“ in der EG zur Entscheidung zu bringen?
11. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Regierung von Malta gegenüber der Relaisstation der Deutschen Welle im Zusammenhang mit der auch von Malta unterzeichneten KSZE-Schlußakte und dem in Korb III ausdrücklich verbrieften freien Fluß von Informationen?
12. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Wurde die Bundesregierung über die von verschiedenen Presseorganen gemeldete Absicht Frankreichs informiert, die Neutronenbombe zu bauen, und was hat sie erfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Auf welchen rechtlichen Grundlagen werden in der Bundesrepublik Deutschland durch Dienststellen der amerikanischen „National Security Agency“ (NSA) massenhaft private Telefongespräche abgehört?
14. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Würde es die Bundesregierung für wünschenswert halten, wenn auch, ihrem guten Beispiel folgend, die ehemaligen Bundesminister und Staatssekretäre auf 5 v. H. ihrer Pension verzichten?

15. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Möglichkeit, eine solche Reduzierung zu beschließen, und wenn ja, ist sie bereit, dies im Interesse der momentanen Haushaltslage und der allgemeinen Einschnitte bei staatlichen Leistungen zu tun?
16. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie hoch ist der Betrag der Einsparung der angekündigten 5prozentigen Gehaltskürzung bei den Mitgliedern der Bundesregierung, und wie hoch sind andererseits die Mehrausgaben, bedingt durch die Tatsache, daß der neuen Bundesregierung vier Staatssekretäre bzw. Staatsminister mehr als bisher angehören?
17. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie viele Mitarbeiter der einzelnen Bundesministerien und des Bundeskanzleramts wurden seit dem Regierungswechsel in den einstweiligen Ruhestand versetzt, und wie viele mußten den Arbeitsplatz innerhalb der Bundesministerien wechseln?
18. Abgeordneter
Walther
(SPD) Wie viele Beamte, unterteilt nach Besoldungsgruppen, sind seit dem Regierungsantritt der CDU/CSU-FDP Koalition bis zum Tag der Beantwortung dieser Frage in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, und welche Kosten entstehen dadurch dem Bundeshaushalt jährlich?
19. Abgeordneter
Walther
(SPD) Wie viele Mitarbeiter der obersten Bundesbehörden sind seit dem Regierungsantritt der CDU/CSU-FDP Koalition auf andere Dienstposten versetzt worden?
20. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Wie viele politische Beamte (§ 36 des Bundesbeamtengesetzes) sind während der Zeit der sozial-liberalen Koalition von 1969 bis 1982 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, und wie hoch sind die Ruhestandsbezüge, die für sie bezahlt werden müssen?
21. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung die Dokumentation des Bundesarchivs über die Vertreibungsverbrechen zur Veröffentlichung freigeben?
22. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welches Ergebnis brachte das von der Bundesregierung angekündigte Fachkolloquium vom Februar 1982 sowie das in Auftrag gegebene „Forschungsvorhaben über gesundheitsschädliche Wirkungen des Abriebs von asbesthaltigen Bremsbelägen in der Atemluft“, wie in der Antwort der Bundesregierung vom 3. Dezember 1981 auf meine parlamentarische Anfrage angekündigt?
23. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen ist die Bundesregierung bereit einzuleiten, um das Problem der durch den sogenannten sauren Regen zumindest mitverursachten Waldschäden zu lösen, und ist sie insbesondere bereit, alsbald geeignete Schritte zu einer spürbaren Minderung der SO₂-Emissionen zu unternehmen?
24. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung für die Verabschiedung und den Erlaß einer Großfeuerungsanlagenverordnung, und welche Grenzwerte für die Emissionen säurebildender Schadstoffe beabsichtigt sie festzusetzen?

25. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs einzuleiten?
26. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung jahrealten Forderungen auch der CDU/CSU Fraktion, die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, die sogenannte TA Luft, endlich dem neueren Stand der Erkenntnisse über Luftschadstoffe, ihre Abgabe und Ausbreitung anzupassen, alsbald entsprechen, oder sind die bisher geleisteten Vorarbeiten noch nicht soweit gediehen, daß die für notwendig gehaltenen Änderungen der TA Luft unverzüglich vorgenommen werden könnten?
27. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Welche Änderungen der TA Luft beabsichtigt die Bundesregierung im einzelnen, und welche in der Anhörung des Innenausschusses am 6. Oktober 1982 gewonnenen Erkenntnisse der Bundesregierung wird sie dabei berücksichtigen?
28. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, erste Ergebnisse der in der Koalitionsvereinbarung enthaltenen Bestandsaufnahme über die Anwendung der Vorschriften des Grundgesetzes und der Beamten-gesetze zur Verfassungstreue in der tatsächlichen Praxis von Bund und Ländern vorzulegen?
29. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Hat sich die Bundesregierung der Mitarbeit der Länder versichert, und sind alle Länder dazu bereit, über Regelungen Auskunft zu geben, die bereits jetzt die differenzierte Vorgehensweise bei der Prüfung der Verfassungstreue berücksichtigen?
30. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP) Gedenkt die Bundesregierung, Arbeiten zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes fortzusetzen, auch soweit es um Sonderauskunfteien geht?
31. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP) Bleibt es im Bereich der Amtshilfe bei der bisher praktizierten Regelung, und hat die Bundesregierung die Absicht, diesen Zustand auch gesetzgeberisch zu regeln?
32. Abgeordneter
Merker
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der vorgesehenen Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes die Rechtsstellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz zu stärken?
33. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung bereits Gespräche mit einer der CDU angehörenden Persönlichkeit begonnen hat, oder kann die Bundesregierung zusagen, daß über die Bestellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz nicht von ihr, sondern erst von der durch Neuwahlen legitimierten Bundesregierung entschieden wird?
34. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP) Was hat den Bundeskanzler veranlaßt, eine über die bisherige Begrenzung noch hinausgehende Beschränkung der Familienzusammenführung von Ausländern vorzuschlagen?

35. Abgeordneter
Bergerowski
(FDP) Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung der evangelischen und katholischen Kirche, die Rechte der Ausländer auszubauen, und welche konkreten Schritte wird sie in dieser Richtung unternehmen?
36. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU) In welchem Umfang waren die im Verfassungsschutzbericht 1981 der Bundesregierung dargestellten Bemühungen der DKP und der sie unterstützenden Kräfte, mit Nichtkommunisten zusammenzuarbeiten und in demokratischen Organisationen Einfluß zu gewinnen, von Erfolg gekrönt?
37. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welchen Einfluß haben nach der Kenntnis der Bundesregierung die DKP, der MSB Spartakus und andere kommunistische oder kommunistisch beeinflusste Organisationen auf die Kampagne, Städte, Stadtteile, Bildungseinrichtungen und Betriebe zu „atomwaffenfreien Zonen“ zu erklären?
38. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Ansätze sieht die Bundesregierung, um — z. B. auf dem Weg über kommunale Verbände, die Kultusministerkonferenz, die Sozialpartner — für Aufklärung über Zielsetzung und Hintergrund dieser Kampagne zu sorgen?
39. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die politische Orientierung, die Motive und Ziele von Personen, die sich unmittelbar oder unterstützend an Hausbesetzungen beteiligen?
40. Abgeordneter
Bühling
(SPD) Wieweit ist die Abstimmung der Pläne zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin bezüglich der Errichtung eines Museums für Deutsche Geschichte inzwischen gediehen?
41. Abgeordneter
Bühling
(SPD) Ist insbesondere nunmehr sichergestellt, daß Berlin der Sitz eines solchen Museums werden sollte und daß dazu keine „konkurrierende“ Einrichtung an anderem Ort geschaffen wird?
42. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der Regelung des Abwasserabgabengesetzes, wonach in entlegenen ländlichen Bereichen Landwirte und andere Grundstückseigentümer eine Abwassergebühr auch dann entrichten müssen, wenn schon jetzt gesagt werden kann, daß ihre Betriebe und Grundstücke niemals an eine Kanalisationsanlage angeschlossen werden können, und wird die Bundesregierung eine entsprechende Änderung dieses Gesetzes anstreben, das bei den Betroffenen insoweit auf verbreitetes Unverständnis stößt?
43. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die finanziellen Möglichkeiten für ein im Lauf des Jahres 1983 zu beginnendes Fernsehprogramm der Deutschen Welle in den USA zu prüfen und durch einen Ansatz im Haushalt 1983 den Start im amerikanischen Kabelfernsehen freizugeben?
44. Abgeordneter
Möhring
(SPD) Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür erkennen, daß Zwischenfälle und gefährliche Begegnungen auf der Elbe, an denen bewaffnete Boote der NVA-Marine beteiligt sind, in jüngster Zeit offensichtlich in ungewöhnlicher Weise zunehmen, nachdem an diesem, nicht festgestellten

Grenzabschnitt seit Abschluß des Grundlagenvertrags von 1972 erträgliche Ruhe herrschte, und in welcher Weise gedenkt sie, die ständige Präsenz von Marinestreitkräften der DDR als Angehörige des Warschauer Pakts auf einem von der jetzigen Bundesregierung behaupteten Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu beenden, um damit die volle Souveränität herzustellen?

45. Abgeordneter
Möhring
(SPD)
- Welche eindeutigen Beweise aus alliierten Vereinbarungen von und nach 1945 besitzt die Bundesregierung für ihre Rechtsbehauptung, daß die Elbe in voller Breite zur Bundesrepublik Deutschland gehört und die Grenze zur DDR damit auf dem Ostufer der Elbe verläuft, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, diesen Rechtsstandpunkt anhand ihrer Beweise so in das Protokoll der Grenzkommission vom 25. Oktober 1978 einzuführen, daß der offengebliebene Teil damit geschlossen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

46. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung nach Vorlage der Studie über die Praxis des Konsumentenkredits ergreifen, um insbesondere den Kreditnehmern aus den unteren Einkommensschichten die notwendigen Kenntnisse und aktuellen Informationen über den Kreditmarkt zu geben, und könnte eventuell auch eine bessere Information über die Ergebnisse der Zinserhebungen der Deutschen Bundesbank durch die Bundesregierung dazu beitragen, die großen Kostenunterschiede auf dem Kreditmarkt in das Bewußtsein der Kreditnehmer zu bringen?
47. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, aus der Studie über die Praxis des Konsumentenkredits Konsequenzen für die Regelung des Rechts des Konsumentenkredits zu ziehen, und sieht die Bundesregierung einen besonderen Regelungsbedarf für den Rechtsschutz der Kreditnehmer vor überteuerten Krediten sowie bei Kreditkündigungen infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit und ähnlichen unvorhersehbaren Notlagen?
48. Abgeordneter
Gnädinger
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß auch in der EG-Richtlinie über den Verbraucherkredit Regelungen zum Schutz vor überteuerten Krediten eingearbeitet werden, und wird sie einen eigenen Gesetzentwurf zum Verbraucherkredit vorlegen, wenn sich die Verabschiedung des 1979 vorgelegten EG-Richtlinienentwurfs weiter verzögert?
49. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Sollten nach Meinung der Bundesregierung die Verbraucher beim Abschluß von Ratenkreditverträgen wie bei Ratenkaufverträgen durch ein Rücktrittsrecht innerhalb von sieben Tagen geschützt werden, wie dies von Verbraucherorganisationen gefordert wird?
50. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Sollten die Kreditvermittler verpflichtet werden, die Kreditsuchenden über den von der Deutschen Bundesbank ermittelten „Schwerpunktzins für Ratenkredite“ schriftlich zu informieren, und sollten

sie ebenso verpflichtet werden, neben den geforderten Vermittlungsgebühren auch die von den Banken gezahlte Provision für „eingereichte Kredite“, das sogenannte Packing, dem Kreditnehmer mitzuteilen?

51. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Erfahrungen man in Österreich mit Regelungen gemacht hat, die die Vermittlung von Konsumentenkrediten verbieten, und könnte eventuell durch das Verbot, eine Provision vom Verbraucher zu verlangen, wie es in der Schweiz und den Niederlanden geregelt ist, ein besserer Verbraucherschutz vor unseriösen Kreditvermittlern erreicht werden?
52. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Sollte es nach Meinung der Bundesregierung eine zentrale Stelle geben, die Verbrauchern und Verbraucherberatungsstellen Auskunft über einschlägige Gerichtsurteile und verbraucherschädliche Praktiken von immer wieder auffällig werdenden Kreditinstituten und Kreditvermittlern gibt, und sollte der Verbraucherschutzverein in Berlin oder das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen diese im EG-Richtlinienentwurf über den Verbraucherkredit vorgehene Aufgabe übernehmen?
53. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Sind die heute rechtlich zulässigen Belastungen für den Kreditnehmer bei unvorhersehbarer Zahlungsunfähigkeit nach Meinung der Bundesregierung vertretbar, oder sollten im Rahmen eines Verbraucherkreditgesetzes die zusätzlichen Kosten bei zeitweiliger Zahlungsunfähigkeit begrenzt werden, um den Verbraucher vor unverhältnismäßig hohen Belastungen und verdeckten Zinseszinsforderungen zu schützen?
54. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Was hat die Bundesregierung getan, um die Auslieferung von Klaus Barbie — alias Klaus Altmann — von Bolivien zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

55. Abgeordneter
Poß
(SPD) Wann gedenkt die Bundesregierung, die Novelle zum Kreditwesengesetz in die parlamentarischen Beratungen einzubringen?
56. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) In welchen Fällen wird die Bundesregierung und zu welchen Konditionen Finanzhilfen gewähren für die Übernahme insolventer bzw. in Vergleichs- oder Konkursverfahren befindlicher Firmen?
57. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten jener Kreditnehmer bekannt, die für Ratenkredite im Fall von unvorhersehbaren Notlagen wie Arbeitslosigkeit und Krankheit bei Verzug überhöhte Zinsen und Gebühren zahlen müssen, und kann diesen Kreditnehmern schnell und wirksam geholfen werden?
58. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD) Wie sind nach Meinung der Bundesregierung die höheren Zinsen und Gebühren bei vermittelten Ratenkrediten und Krediten der Teilzahlungsbanken erklärbar, und sind z. B. die Ausfallrisiken bei den ausgegebenen Krediten der Teilzahlungsbanken wesentlich höher als bei denen der Sparkassen?

59. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Kreditinstitute, z. B. aus Liechtenstein, in der Bundesrepublik Deutschland Ratenkredite über Kreditvermittler vertreiben und dabei weit überhöhte Forderungen geltend machen, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Verbraucher vor den Geschäftspraktiken bestimmter ausländischer Kreditinstitute und mit diesen zusammenarbeitenden Kreditvermittlern und Inkassobüros wirksam zu schützen?
60. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) In welchem Ausmaß werden die Kreditnehmer durch Kreditvermittler über den eigentlichen Darlehensgeber getäuscht, und sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit dafür, daß der Kreditnehmer über den Namen und Sitz des Geldgebers vor Abschluß des Kreditvertrags informiert wird?
61. Abgeordneter
Dr. Diederich (Berlin)
(SPD) Sind der Bundesregierung der Umfang und die Ursachen der Verbraucherbeschwerden über Kreditverträge bei den Verbraucherorganisationen, dem Petitionsausschuß oder dem Aufsichtsamt für das Kreditwesen bekannt, und wie könnte eine Auswertung dieser Beschwerden für einen vorbeugenden Verbraucherschutz stärker als bisher genutzt werden?
62. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Kann die Verordnungsermächtigung gemäß § 23 des Kreditwesengesetzes auch verbraucherschützend so genutzt werden, daß z. B. höchstzulässige Zinsen für Verbraucherkredite ähnlich wie in Frankreich zur Bekämpfung des Kreditwuchers festgelegt werden, und könnte die Ermächtigung auch zur Verordnung von höchstzulässigen Belastungen bei Verzug genutzt werden?
63. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Selbsthilfeorganisationen oder gewerkschaftlich orientierte Institutionen, die in Not geratenen Kreditnehmern Umschuldungskredite zu erträglichen Konditionen vermitteln können, oder müßten solche Institutionen initiiert und eventuell mit staatlichen Mitteln in der Anfangsphase gefördert werden?
64. Abgeordneter
Baack
(SPD) Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Steuerausfall durch die Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsbetrags für 1981?
65. Abgeordneter
Purps
(SPD) Auf welche Summe beläuft sich der Steuerausfall bei Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsbetrags bis zur Pauschalierungsgrenze von 600 DM für 1981?
66. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Leistung der Versicherungen bei Tod bzw. Invalidität von Hausfrauen infolge eines Unfalls?
67. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Hält es die Bundesregierung für notwendig, Rahmenbedingungen für eine objektivere Berechnung der Höhe des Schadenersatzes bei Tod bzw. Invalidität von Hausfrauen gesetzlich oder durch das Aufsichtsamt festzulegen, um die Position der Versicherten gegenüber den Versicherungsunternehmen zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

68. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, mit welchem Faktor in den Staatshandelsländern, insbesondere in der UdSSR, die menschliche Arbeitsleistung bei Produkten, die in den EG-Bereich exportiert werden, z. B. bei Düngemitteln, im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland kalkuliert wird?
69. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, Importe aus Staatshandelsländern zu Dumpingpreisen, die zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland führen, – und wenn ja, mit welchen Mitteln – zu verhindern?
70. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die am 7. Oktober 1982 publizierten jüngsten Vorstellungen der EG-Kommission, nach denen auch solche Unternehmen in der EG, die ohne Staatsbeihilfen auskommen, sich am Abbau überschüssiger Produktionskapazitäten beteiligen müssen, und welche konzeptionellen Folgen ergeben sich daraus für die Stahlpolitik der Bundesregierung?
71. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist dem Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrtpolitik die schwierige Lage der Fertigungsstätten für den Airbus im Bremer Raum und Unterweserraum bekannt, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Sicherung von Arbeitsplätzen ergreifen?
72. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist eine Auslastung der jetzt vorhandenen Wartungskapazitäten in den norddeutschen Werken von MBB/VFW gegeben, und wenn nein, wird die Bundesregierung zusätzliche militärische Wartungsarbeiten nach Norddeutschland vergeben?
73. Abgeordneter
Grobecker
(SPD)
- Wird sich die Bundesrepublik Deutschland finanziell an der Entwicklung und Produktion des Airbus A 320 beteiligen?
74. Abgeordneter
Grobecker
(SPD)
- Wann ist gegebenenfalls mit einem entsprechenden Beschluß der Bundesregierung zu rechnen?
75. Abgeordneter
Polkehn
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft über den gegenwärtigen Auftragsbestand der Airbus-Industrie geben?
76. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß infolge Auftragsrückgangs beim Hamburger Flugzeugbau Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in Finkenwerder und Stade ein umfassender Abbau von Arbeitskräften droht und eine Entlassungswelle von bis zu 1000 Arbeitnehmern befürchtet wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, die langfristige Beschäftigung der dortigen hochqualifizierten Arbeitskräfte zu sichern?

77. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang mit den von ihr geförderten Luft- und Raumfahrtprogrammen dafür zu sorgen, daß die im Hamburger Bereich befindlichen Kapazitäten der Gesamtaufgabe entsprechend Fertigungsteile erhalten und behalten?
78. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)
- Ist der Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt im Zusammenhang mit durch Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) angekündigten Entlassungen konsultiert worden?
79. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Zusammenhang mit den angekündigten Entlassungen Einfluß auf den Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Konzern nehmen, um ein weiteres Absinken der Kapazitäten im strukturschwachen Norden zu verhindern?
80. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Mit welcher Begründung vertritt die Bundesregierung die in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 vertretene Auffassung, daß im Zusammenhang mit der Förderung und Anwendung moderner Techniken und der Entwicklung neuer Technologien die „Fortentwicklung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie . . . auch aus verteidigungspolitischen Gründen sicherzustellen“ sei?
81. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung diese Aussage im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt, die nach den Erklärungen früherer Bundesregierungen darauf vertrauen, daß die deutsche Luft- und Raumfahrttechnik allein friedlichen Zwecken dient?
82. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß in den „Grundsätzen zur Berechnung des effektiven Jahreszinssatzes nach der Preisangabenverordnung“ die Rechtsprechung — insbesondere die des Bundesgerichtshofs bezüglich der Einbeziehung der Kosten für Restschuldversicherungen — eingearbeitet wird, um für die Verbraucher eine realistische Information über die Kosten eines Ratenkredits sicherzustellen, und wie können die Verbraucher über die besonderen Risiken und Chancen von Gleitzinsvereinbarungen aufgeklärt werden?
83. Abgeordneter
Junghans
(SPD)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung nach den eindeutigen Aussagen des Bundeskartellamts und der Monopolkommission, einer weiteren Konzentration im Pressewesen durch den Zusammenschluß Springer/Burda vorzubeugen und die Fusionskontrolle, Herzstück des Wettbewerbsgesetzes, auch in Zukunft voll wirkungsfähig zu erhalten?
84. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Bestrebungen von Springer/Burda bekannt, etwa durch Beteiligung ausländischer Verlage die Vorschriften des Wettbewerbsgesetzes formal-rechtlich zu umgehen und damit die wettbewerbspolitisch unverzichtbaren Bestimmungen der Fusionskontrolle inhaltlich auszuhöheln?

85. Abgeordneter
Roth
(SPD) Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß es sich bei dem beabsichtigten Zusammenschluß im Kern nicht um eine Nachfolgeregelung im Springer-Konzern handelt, sondern daß es um die finanzielle und rechtliche Erlangung eines wettbewerbswidrigen Vorsprungs beim Einstieg in die neuen Medien geht?
86. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD) Welche Bedeutung mißt der Bundeswirtschaftsminister den eindeutigen Feststellungen des Bundeskartellamts und der Monopolkommission bei, daß ein Zusammenschluß von Springer und Burda schon wegen ihrer Finanz- und Organisationskraft aus wettbewerbs- und medienpolitischen Gründen nicht in Betracht kommen kann?
87. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD) Ist der Bundeswirtschaftsminister bereit, die Verlage Springer und Burda nach Ende der nochmals verlängerten Ruhensfrist im November 1982 aufzufordern, die wettbewerbsfeindlichen Konzentrationsbestrebungen einzustellen?
88. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Wie beurteilt der Bundeswirtschaftsminister die Fusionsbestrebungen von Springer/Burda mit Blick auf die von ihm selbst aufgestellte Forderung einer „Fortsetzung des Kampfes gegen die Unternehmenskonzentration“?
89. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Läßt sich die Bundesregierung von dem Grundsatz leiten, daß es gilt, durch eine Vielzahl privatwirtschaftlich miteinander im Wettbewerb stehender Anbieter den ohnehin gefährdeten publizistischen Wettbewerb zu sichern, und wie beurteilt die Bundesregierung die Konzentrationsbestrebungen von Springer/Burda nach dieser Leitlinie?
90. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Bedingt die von der Bundesregierung zu ihrem vorrangigen Ziel erklärte Förderung und Erleichterung von Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen die Senkung von Umweltschutzanforderungen, oder versteht die Bundesregierung den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch als unverzichtbare Voraussetzung einer gesunden und zukunftsträchtigen Wirtschaft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

91. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus ihrer Teilnahme an der Konferenz „Energie aus Biomasse“ vom 20. bis 23. September 1982 in Berlin gewonnen, und werden diese gegebenenfalls die bisherige Haltung der Bundesregierung beeinflussen können?
92. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie hoch sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Frachtsubventionen, die der französische Getreideexporteur bekommt, und aus welchem Fonds werden diese Mittel bereitgestellt?

93. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß dies eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung im innergemeinschaftlichen Warenverkehr bedeutet?
94. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Warum lehnt die Bundesregierung Butterlieferungen an die UdSSR ab, während der Präsident der USA mit Rücksicht auf die schlechte Einkommenslage der Getreidefarmer der USA weit über das vereinbarte Kontingent hinaus Weizen zu Vorzugspreisen anbietet?
95. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Ist der Bundesminister des Auswärtigen bereit, anlässlich seines nächsten Besuchs bei der italienischen Regierung wegen der vor allem in Norditalien betriebenen Vogeljagd vorstellig zu werden und über das Ergebnis dieses Gesprächs den Bundestag zu unterrichten?
96. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Inwieweit ist in der Vergangenheit auf diplomatischen Kanälen versucht worden, auf die italienische Regierung dahin gehend einzuwirken, daß der Vogeljagd auch in der Praxis ein Ende bereitet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

97. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind Pressemitteilungen zutreffend (unter anderem Wirtschaftswoche vom 13. August 1982), wonach durch das Verhalten der Bundesanstalt für Arbeit bzw. ihres Präsidenten im Zusammenhang mit der Förderung eines Turnhallenbaus in Homburg Schaden für die Bundesanstalt für Arbeit entstanden ist, und wie hoch sind die Verluste?
98. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorfall zu ziehen?
99. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Wie hat sich das Krankheitsverhalten in den drei Jahren vor und nach der Einführung der Lohnfortzahlung für Angestellte (1931) und Arbeiter (1970) verändert?
100. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) In welchen Bereichen ist die Lohnfortzahlung für Angestellte und Arbeiter tarifvertraglich geregelt?
101. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Worauf ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Verzögerung des Verkaufs eines Grundstücks in Essen (Berliner Platz), auf dem ein neues Verwaltungsgebäude des Arbeitsamts errichtet werden soll, an die Bundesanstalt für Arbeit zurückzuführen, obwohl zwischen der Essener Stadtverwaltung und der Bundesanstalt für Arbeit die Verkaufskonditionen seit langem einvernehmlich ausgehandelt sind, der Rat der Stadt am 30. Juni 1982 dem Verkauf zugestimmt hat und der Vertragsentwurf bereits am 8. Juni 1982 dem Landesarbeitsamt Düsseldorf übersandt wurde?

102. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Wann kann nunmehr mit dem Bau und damit mit einer Investition von rund 60 Millionen DM, die die Bauwirtschaft im Ruhrgebiet dringend braucht, begonnen werden?
103. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Besitzt für die Bundesregierung die Aussage des sogenannten Koalitionspapiers noch Gültigkeit, wonach von jeder Krankmeldung der Vertrauensarzt Benachrichtigung erhalten soll, und wenn ja, hält sie dies angesichts von knapp 25 Millionen Arbeitsunfähigkeitsfällen im Jahr 1980 für einen Beitrag zur Entbürokratisierung?
104. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welcher Anzahl und in welchen finanziellen Ausmaßen Erwerbsunfähigkeits-, Berufsunfähigkeits- und Unfallrenten nach den Sozialversicherungsabkommen mit Nicht-EG-Ländern in diese transferiert werden, und von welcher durchschnittlichen Beitragszeit dieser Rentenbezieher in den Nicht-EG-Staaten kann man ausgehen?
105. Abgeordneter
Auch
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage von Bundesarbeitsminister Dr. Blüm im Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1982, „Ich frage Sie nun alle: Was haben die Arbeitslosen von Humanisierung?“, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die Zukunft des unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung beschlossenen Programms „Humanisierung der Arbeit“?
106. Abgeordneter
Auch
(SPD) Hält die Bundesregierung es nicht für zwingend notwendig, daß angesichts von rund 2 500 tödlichen Arbeitsunfällen, 380 000 Zugängen bei Erwerbsunfähigkeit und 21 000 Zugängen bei Berufsunfähigkeit im Jahr 1981 das Programm „Humanisierung der Arbeit“ künftig inhaltlich und finanziell gezielt weiterentwickelt wird?
107. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) In welcher Höhe hat die Bundesanstalt für Arbeit noch Mittel für das Jahr 1982 zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung, und wie ist dies gegebenenfalls mit den Erklärungen der Bundesanstalt für Arbeit in Übereinstimmung zu bringen, ihre Haushaltsmittel seien nicht ausreichend?
108. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Wie teilen sich generell die zur Verfügung stehenden Mittel für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen regional auf, und zwar auf Grund des Haushaltsansatzes und in der tatsächlichen Verwendung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

109. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, von wem und wann genau der Bundesverteidigungsminister erstmals um Prüfung gebeten wurde, ob gegen den von der DWK für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Hambuch-Illerich (Rheinland-Pfalz) vorgesehenen Standort aus militärischer Sicht Bedenken bestehen?

110. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Bestehen Dienstanweisungen im Bundesverteidigungsministerium, nach denen Dienstreisen in bestimmten Fällen nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt werden dürfen, und trifft es zu, daß entsprechenden Anträgen jetzt auch insoweit entsprochen wird, als ohne entsprechende Beantragung Fahrten im Privatwagen genehmigt werden?
111. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Anfang 1982 im Bundesverteidigungsministerium die Planzahlen für Instandsetzungsarbeiten herabgesetzt wurden und durch diese Maßnahme heute bewirkt wird, daß z. B. höhere Flugstunden bei der Bundesluftwaffe deshalb nicht geflogen werden können, weil die Maschinen wegen der Reduzierung der Planzahlen nicht in einem entsprechend kürzeren Zeitraum entsprechend den Instandsetzungsvorschriften der Truppe zur Verfügung gestellt werden können?
112. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Treffen die Angaben des Nachrichtenmagazins „Stern“ zu, daß im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen im Dezember nächsten Jahres 27 Pershing II für Neckarsulm (Artillerie-Kaserne) und 9 Pershing II für Heilbronn (Badnerhof-Kaserne) vorgesehen sind sowie in Kleingartach bei Heilbronn eine sogenannte QuRA-Stellung (Quick-Reaction-Alert – ständige Feuerbereitschaft) geschaffen werden soll?
113. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Treffen die Angaben des Nachrichtenmagazins „Stern“ zu, daß selbst im Fall eines Erfolgs der Genfer Abrüstungsverhandlungen die Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland an den vorgesehenen Standorten in der Version Pershing II RR (Reduced Range = eingeschränkte Reichweite) stationiert werden soll?
114. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß auch Wehrpflichtige der Jahrgänge 1961 und jünger, wenn sie verheiratet sind, nach einer Anordnung des Bundesverteidigungsministers auch dann nicht einberufen werden dürfen, wenn der Ableistung des Wehrdienstes keine besonderen Gründe entgegenstehen und wenn diese verheirateten Wehrpflichtigen ihre Wehrpflicht gern erfüllen möchten?
115. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
(CDU/CSU)
- Welches sind die Gründe für diese Weisung des Bundesverteidigungsministers an die Kreiswehrrersatzämter, und gedenkt die Bundesregierung, an dieser Anordnung festzuhalten, obwohl ein Mangel an Wehrpflichtigen besteht und angesichts dieses Mangels zunehmend Wehrpflichtige einberufen werden müssen, die wegen ihres Berufs oder besonderer Familienumstände früher zurückgestellt worden wären?
116. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Beschaffungsprogramm des US-Verteidigungsministeriums der Bau von 385 Pershing II vorgesehen ist und daß dieses bedeutet, daß für die 108 mobilen Abschußrampen, die in der Bundesrepublik Deutschland installiert werden sollen, je zwei Pershing II-Raketen plus Trainings- und Ersatzgeschosse vorgesehen sind?

117. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung derartige Planungen, die zur Stationierung von 108 Abschlußfahrzeugen mit 385 Pershing II Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland führen würden, mit dem NATO-Doppelbeschluß vereinbaren?
118. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Wie zutreffend sind Presseberichte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur — wie im NATO-Doppelbeschluß von 1979 vorgesehen — die Bereitstellung von 108 Pershing II-Raketen vorbereitet, sondern statt dessen 108 nachladefähige Abschlußsysteme mit insgesamt 385 Raketen, und würde die Bundesregierung dies gegebenenfalls mit dem NATO-Beschluß für vereinbar halten?
119. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Wie zutreffend sind Presseberichte, daß alle geplanten Pershing II-Raketenstandorte in einem Bundesland (Baden-Württemberg) räumlich konzentriert werden sollen, und wie stellt sich die Bundesregierung zu dieser einseitigen Konzentration von Standorten, zumal diese zugleich Ziele gegnerischer Raketen sein können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

120. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Treffen Presseberichte (vergleiche Süddeutsche Zeitung vom 16. März 1982) zu, in denen behauptet wird, es gäbe für Ruhe- oder Fitnessräume von Badeanstalten und auch für Kleinkinderplanschbecken keine speziellen Hygienevorschriften, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, hier eventuell auch in Zusammenarbeit mit den Ländern Abhilfe zu schaffen?
121. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Hygienikern, daß Saunaaanstalten mindestens einmal täglich vollständig desinfiziert werden müßten, und welche Möglichkeiten sieht sie, dies durch entsprechende Vorschriften sicherzustellen?
122. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der vom europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgestellten Forderung, sämtliche als krebserregend erkannten Produkte zu verbieten und durch gesundheitlich unbedenklich eingestufte Produkte zu ersetzen?
123. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß das jetzige Verfahren der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer keine faire Gewissensforschung, sondern bestenfalls Rückschlüsse über das logische Denkvermögen und auf die politische Einstellung zuläßt?
124. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß dieses zur Zeit geltende Verfahren abgeschafft bzw. revidiert wird, und welchen Zeitraum hält die Bundesregierung für eine solche Revision für realistisch?

125. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Sollten nach Meinung der Bundesregierung die Sozialämter (in Ausführung des § 8 des Bundessozialhilfegesetzes) wie auch die Verbraucherberatungsstellen Schuldnerberatung durchführen, um ein Abgleiten der Betroffenen in Obdachlosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit möglichst zu verhindern, und gibt es Anstrengungen des Bundes, diese dringend notwendige Schuldnerberatung zu ermöglichen?
126. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung grundsätzlich oder regional ein Ansteigen der Erkrankungen der Atemwege durch Luftbelastung oder durch Infektionen?
127. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Worauf führt die Bundesregierung das Ansteigen von Keuchhusten (Pertussis) und dessen Ursachen bei Kindern und Erwachsenen zurück?
128. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in jugendpolitischer und kriminalpolitischer Hinsicht den Beschluß des Rats der niederländischen Grenzstadt Enschede, im städtischen Jugendheim den Verkauf von Haschisch und Marihuana zu erlauben, und hat sie Vorsorge getroffen, daß etwa durch verstärkte Zollkontrollen der zu befürchtende vermehrte Rauschgiftschmuggel in Grenzen gehalten wird?
129. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, unter Bezugnahme auf die Verpflichtungen der Niederlande aus internationalen Rauschgiftabkommen unverzüglich auf die Regierung in Den Haag einzuwirken, damit diese auf eine Aufhebung des Beschlusses hinwirkt und sicherstellt, daß an deutsche Staatsangehörige weder unmittelbar noch mittelbar Rauschgift abgegeben wird?
130. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die durch das grundsätzliche Arbeitsverbot für Asylbewerber entstehenden höheren Sozialhilfeleistungen durch besondere Zuschüsse an die Gemeinden auszugleichen, und wenn ja, in welcher Höhe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

131. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die überlastete Bundesautobahn A 4 Aachen-Köln in Zeiten stärksten Berufsverkehrs immer wieder durch Militärkolonnen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen Truppen zusätzlich belastet wird?
132. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Verhandlungen mit den belgischen Streitkräften mit dem Ziel der Benutzung der Autobahn Aachen-Köln außerhalb der Hauptverkehrszeiten zu führen?
133. Abgeordneter
Polkehn
(SPD)
- Wird die Bundesregierung als Anteilseigner der Luftansa Einfluß auf die Flottenpolitik dieses Unternehmens hinsichtlich der Beschaffung von Airbussen nehmen?

134. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, wann mit der Fertigstellung der neuen internationalen Verbindungsstraße B 54 zwischen den Niederlanden und Münster in der gesamten Länge zu rechnen ist?
135. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Wie groß ist die Zahl derjenigen Auszubildenden, die nach Abschluß einer Ausbildung bei der Deutschen Bundesbahn Ende Januar 1983 keine Anstellung erhalten?
136. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit derjenigen Auszubildenden der Deutschen Bundesbahn, die im Lauf des Jahrs 1983 entweder Zivildienst oder ihren Wehrdienst beginnen, mit einem Überbrückungszeitvertrag in der Lohngruppe VII zu beschäftigen?
137. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die früher bereits einmal in Erwägung gezogene Anregung jetzt aufgreifen und der DSG der Deutschen Bundesbahn empfehlen, in ihren Speisewagen vermehrt Tafelobst anzubieten, um auf diese Weise zum verbesserten Absatz der reichlichen Obsternte u. a. im Bodenseegebiet beizutragen?
138. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Wird die Bundesregierung auf der Grundlage des Beschlusses der Länderverkehrsministerkonferenz vom 15. Juni 1982 zur Frage der Einbeziehung freiberuflicher Kfz-Sachverständiger in die regelmäßige technische Kfz-Überwachung nach § 29 StVZO einen entsprechenden Verordnungsentwurf erstellen, und wann ist gegebenenfalls hiermit zu rechnen?
139. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß abweichend von der Auffassung der Länderverkehrsministerkonferenz für den Halter die Untersuchungsfristen einheitlich sein sollten, gleichgültig ob die Untersuchung bei der technischen Prüfstelle oder in der freiwilligen Kfz-Überwachung bei einer Überwachungsorganisation stattfindet, und wird dies gegebenenfalls in den Verordnungsentwurf Eingang finden?
140. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Welche konkrete Zusage wurde dem Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Franz-Josef Strauß, betreffend Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals gemacht, und beabsichtigt die Bundesregierung nunmehr, den Beschluß des sozialliberalen Kabinetts vom 27. Januar 1982 aufzuheben?
141. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Wird die Bundesregierung auf der Grundlage der Zusage durch Bundeskanzler Dr. Kohl den Forderungen der bayerischen Staatsregierung nach Aufstockung der Haushaltsansätze für den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals entsprechen, und werden hierfür gegebenenfalls Finanzmittel zu Lasten des westdeutschen Kanalnetzes umgeschichtet werden?
142. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Ist die Zusage zum uneingeschränkten Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals auf der Grundlage von Koalitionsverhandlungen erfolgt, und welche neuen Erkenntnisse liegen vor, die ein Abrücken von früher geäußerten Auffassungen des Koalitionspartners FDP rechtfertigen?

143. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wie ist auch bei optimistischer Schätzung des zu erwartenden Verkehrsaufkommens das Nutzen-Kosten-Verhältnis der Investitionsmaßnahme Rhein-Main-Donau-Kanal, und welche effizienteren Infrastrukturmaßnahmen werden gegebenenfalls zurückgestellt, um den Rhein-Main-Donau-Kanal bedingungslos weiterzubauen?
144. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wird die Bundesregierung die noch zu bauenden Abschnitte der Autobahn A 7 Würzburg – Ulm aus einem Vorwegabzug finanzieren, der den Straßenbaumitteln entnommen wird, bevor sie nach dem üblichen Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden, und werden somit durch eine „volle Sonderfinanzierung“ dauerhaft zusätzliche Finanzmittel – ohne spätere Anrechnungsverpflichtung auf die beiden Länderkontingente – nach Baden-Württemberg und Bayern fließen?
145. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Um welche Beträge wird die Bundesregierung die Straßenbaumittel für die einzelnen Bundesländer kürzen, falls die für die Fertigstellung des restlichen Teilstücks der A 7 erforderlichen finanziellen Mittel durch Vorwegabzug vom Gesamtplafond an Straßenbaumitteln außerhalb der Länderanteile aufgebracht werden?
146. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Wird die Bundesregierung darauf drängen, daß die ursprünglich beabsichtigte Einführung eines Verwarnungsgelds für sogenannte Gurtmuffel baldmöglichst verwirklicht wird, um die Gurtanlagequote entscheidend zu erhöhen, oder sieht die Bundesregierung andere Möglichkeiten, den mit der Einführung eines Verwarnungsgelds angestrebten Erfolg zu erreichen?
147. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Wie nimmt die Bundesregierung zur Haltung des Bundesrates in dieser Frage Stellung, und welche sachlichen und zeitlichen Vorstellungen hat sie?
148. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Sind der Bundesregierung Ergebnisse von Kontrollen der Gewerbeaufsichtsämter in Baden-Württemberg bei Omnibusunternehmen bekannt, und wie beurteilt sie die dabei aufgedeckten Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeitbestimmungen?
149. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Kann die Bundesregierung detaillierte Angaben über Art und Schwere der aufgedeckten Verstöße machen, und wie verhalten sich diese im Vergleich zu Kontrollergebnissen in anderen Bundesländern in diesem Gewerbe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

150. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Rundsporthallen in der Bundesrepublik Deutschland mit dem seit 1979 verbotenen Spritzasbest erstellt worden sind, und was kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs in diesen Fällen unternehmen?

151. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist es technisch möglich und von den Kosten her zu verantworten, die Asbestbeschichtung der Rundsporthallendecken mit einer Kunstharzdispersion zu bearbeiten und damit die Ablösung des Asbestfeinstaubes zu verhindern, und wenn ja, kann die Bundesregierung darauf hinwirken, daß entsprechende Maßnahmen ergriffen werden?
152. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß bei Rundsporthallen einer bestimmten Bauart durch eine spezielle Dachkonstruktion mit einer Spritzasbestschicht Gesundheitsgefährdungen infolge freiwerdenden Asbeststaubs entstanden sind, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, diese Gefahrenquelle gegebenenfalls auszuschließen oder darauf hinzuwirken, daß dies geschieht?
153. Abgeordneter
Sauer
(Stuttgart)
(CDU/CSU)
- Ist nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Überprüfung des Feinstaubgehalts in diesen Rundsporthallen eine akute Gesundheitsgefährdung der Benutzer festgestellt worden, und hält es die Bundesregierung für erforderlich, daß sich die Benutzer dieser Hallen einer ärztlichen Untersuchung unterziehen?
154. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Hat die Absichtserklärung des sogenannten Koalitionspapiers, wonach es beim Wohngeld zu Kürzungen kommen solle, inzwischen auch für die Bundesregierung Gestalt angenommen, nachdem dies in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 keine Erwähnung findet, und wenn ja, welche sozialen Schichten innerhalb der Wohngeldempfänger würden von möglichen Kürzungen vorwiegend betroffen werden?

Bonn, den 22. Oktober 1982

